

FDP – Fraktion

in der Stadtverordnetenversammlung Limburg

Rathaus/Werner-Senger-Straße
65549 Limburg
www.fdp-fraktion-limburg.de

Limburg, den 04.02.2022

Stadtverordnetenvorsteher
Rathaus
65549 Limburg

DRINGLICHKEITSANTRAG

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

ich bitte Sie, nachfolgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Februar zu nehmen:

Tagesordnungspunkt: Solarpark Lindenholzhausen/Linter

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Der Magistrat wird beauftragt, eine umfassende Bewertung der Vor- und Nachteile des geplanten Solarparks in Lindenholzhausen/Linter aufzubereiten und den Gremien zeitnah zur Verfügung zu stellen.**
- 2. Der Magistrat wird beauftragt, geeignete Alternativ-Flächen zu identifizieren und zu bewerten sowie in einer entsprechenden Übersicht darzustellen.
Dabei soll gesondert dargestellt werden, auf welchen Gebäuden im städtischen Eigentum oder in städtischer Verwaltung (Stiftungen) Solarmodule angebracht sind, welche in Planung sind und warum welche Gebäude nicht mit Solarmodulen versehen werden.**
- 3. Die bislang unterbliebene, umfassende Einbindung der betroffenen Ortsbeiräte, der Interessengruppen umgehend nachzuholen und die Ergebnisse der Gespräche gegenüber der Stadtverordnetenversammlung nachvollziehbar zu dokumentieren**
- 4. Eine zielführenden Kommunikationsoffensive zu starten, um die bisher unterbliebene transparente Information der Öffentlichkeit zu heilen**
- 5. Der Magistrat wird beauftragt, die Modalitäten und Teilnahmebedingungen für das seitens der Bundesregierung betriebene Pilotprojekt „Solardach über Autobahn/Bundesstraßen“ abzufragen und im Ausschuss dazu zu informieren.**

Begründung:

Die Förderung von regenerativen Energien ist ein wichtiges Thema und gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Energiepreise für Unternehmen und Verbraucher von zentraler Bedeutung. Auch auf kommunaler Ebene müssen daher **alle sinnvollen** Möglichkeiten aufgeführt, **analysiert und nach klaren Bewertungsmaßstäben genutzt werden**, um die Erschließung **bereits vorhandener** lokaler Energiequellen voranzutreiben.

Allerdings hilft hierbei hektischer Aktionismus nicht weiter. Entsprechende Projekte müssen immer mit einem ganzheitlichen Blick geplant und vor allem die Beteiligten bzw. Betroffenen vor Ort umfassend informiert und mitgenommen werden. Wie der Presse zu entnehmen ist, haben sich die Verantwortlichen in Limburg bislang gezielt der Diskussion entzogen und stattdessen mit verdeckten Aktivitäten versucht, für das geplante Projekt quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit Fakten zu schaffen. Auch das in den Medien skizzierte „Taktieren“ um die zeitliche und örtliche Lage von Gremiensitzungen verstärkt das Misstrauen gegenüber den Verantwortungsträgern erheblich und hat mit einem ergebnisoffenen, transparenten und wertschätzenden Prozess unter Einbindung der Betroffenen nichts gemein.

Dies ist in einem demokratischen Gemeinwesen so nicht akzeptabel.

Die schon jetzt entstandenen Irritationen und Defizite müssen umgehend geheilt bzw. korrigiert werden, damit das Vertrauen der Bürger in Politik, Verwaltung und Demokratie nicht weiter zerstört, das Vorhaben einer objektiv-kritischen Bewertung unterzogen und mögliche Alternativen, die den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen einen möglicherweise größeren Nutzen bringen können, untersucht werden können.

Dazu sind insbesondere die nachstehenden Aspekte sicherzustellen:

1. Objektive Abwägung von Vor- und Nachteilen des geplanten Projekts

Über die möglichen, rein finanziellen Partikularinteressen hinaus muss vor der Umsetzung des Solarparks nachvollziehbar dargestellt und bewertet werden, welche negativen Auswirkungen für die Bevölkerung entstehen, wenn eine Fläche, die bisher durchaus als „Naherholungsgebiet“ betrachtet werden kann, mit Solarpanels gewissermaßen „versiegelt“ und durch wahrscheinliche Umzäunungen für die Allgemeinheit faktisch nicht mehr zu betreten ist. Darüber hinaus ist der von Vertretern der Landwirtschaft immer wieder ins Feld geführte Verlust von wertvollem und hochwertigem Ackerland angemessen in diese Pro-/Contra-Bewertung einzubeziehen. Gerade in Zeiten der Explosion von Lebensmittelpreisen sollten Produktionsflächen nach Möglichkeit erhalten bleiben, um weitere Belastungen der Verbraucher nicht noch weitere anzufachen. **Verbraucher wünschen immer häufiger Produkte aus regionaler Landwirtschaft und die örtliche Politik sollte diesem Wunsch entgegenkommen und zugleich die Landwirtschaft stärken.** Hier sind die Verantwortlichen aufgefordert, zunächst eine Bewertung vorzunehmen und zu veröffentlichen, bevor weitere Schritte zur Umsetzung des Solarparks eingeleitet werden.

2. Prüfung und Bewertung von Alternativen

Da zumindest bislang keinerlei Informationen darüber vorliegen, ob überhaupt im Vorfeld Alternativen geprüft wurden, muss dies dringend nachgeholt werden. An entsprechenden Ideen und Optionen mangelt es derweil nicht: so wäre zu prüfen, wie die Flächen ehemaliger Deponien (Offheim, ...) für die Nutzung als Solarpark erschlossen werden können. Darüber hinaus existieren im Stadtgebiet zahlreiche Dachflächen öffentlicher Gebäude (Dorfgemeinschaftshäuser, Turnhallen, Feuerwehrhäuser etc), deren Nutzung für photovoltaische Energieerzeugung bislang noch nicht einmal im Ansatz und ernsthaft geprüft wurde. **Die dezentrale Nutzung von Solarflächen z. B. auf öffentlichen Gebäuden hätte handfeste Vorteile – bereits bestehende Gebäude erhielten eine bauliche Erüchtigung, keine großen Probleme wegen Eigentümereinsprüche, schnelle Umsetzung, Realisierung der Maßnahmen zeitgleich oder versetzt und damit größtmögliche Flexibilität, Einspeisung der Energieleistungen in bereits bestehende Netze, Stärkung der dezentralen Energiegewinnung.** Und schließlich gibt es auch kein adäquates, lokales Förderkonzept, das den Ausbau von Fotovoltaik-Anlage auf privaten Dachflächen unterstützt.

Es ist davon auszugehen, dass allein die oben beschriebenen Alternativen eine weitaus größere Fläche für Solarenergie erschließen könnten, als der geplante Solarpark bereitstellen kann.

3. Frühzeitiger Dialog mit allen Interessengruppen

Medienberichten zu Folge gibt es ein schon fast unwürdiges Taktieren um Gesprächstermine und Sitzungen mit betroffenen Gremien und Interessengruppen. Es kann auch hinterfragt werden, ob wirklich alle Äußerungen der Verantwortungsträger hinsichtlich der bisherigen Informationspolitik tatsächlich der Wahrheit entsprechen. Dadurch wurde schon jetzt in erheblichem Maße Vertrauen zerstört und Frustration erzeugt. Allein deshalb verbietet sich ein unreflektiertes Vorantreiben des geplanten Projekts. Die betroffenen Interessengruppen - insbesondere Naturnutzer wie Landwirtschaft, Jagd und Naturschutz- sind zunächst in einem ergebnisoffenen und transparenten Verfahren einzubinden und deren Argument in der weiteren Planung angemessen zu berücksichtigen.

4. Transparente Kommunikation und Information der Öffentlichkeit

Die Informationspolitik rund um den geplanten Solarpark kommt einem kommunikativen Desaster schon sehr nahe. **Dies gilt es umgehend zu heilen und Vertrauen gegenüber unseren Bürgern zurückzugewinnen.** Um dem berechtigten Informationsanspruch der Bevölkerung im betroffenen Ortsteil aber auch über Limburg hinaus nachzukommen, fordern wir eine rückhaltlose, umfassende und selbstkritische Kommunikationsoffensive über alle geeigneten Medien. Nur so kann es noch gelingen, den aus der bisherigen „Hinterzimmerpolitik“ entstandenen Image-Schaden für die Stadt Limburg und damit auch für die Region zu begrenzen.

Dringlichkeit:

Den Vertretern in der Stadtverordnetenversammlung – die nicht Mitglied des Aufsichtsrats der EVL sind (wie die komplette FDP-Fraktion) - sind die Gedanken, Planungen zu dem Solarpark zum einen nur aus den Medien bekannt. Und daneben erfolgte die erste Kenntnisnahme nach der Antragsfrist. Daneben wird durch die Kommunikation der Eindruck erweckt, dass das Vorhaben unmittelbar vollzogen wird.

Eile und Dringlichkeit ist gegeben.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Defizite in der Kommunikation und der offensichtlich schon weiter vorangetriebenen Projektplanungen ist eine Zäsur im Prozess unumgänglich. Mit diesem Antrag soll verhindert werden, dass weitere Fakten geschaffen werden, die eine objektive Bewertung und ggfs Korrektur des Vorhabens im Sinne der Sicherstellung eines Beitrags zum Gemeinwohl verhindern.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.



Marion Schardt-Sauer
Fraktionsvorsitzende